

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, Regelmäßige Beilagen „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnstube“. Bezugspreis: Bei den Postanstalten vierteljährlich RM. 2.70 hinzu tritt noch das Bestellgeld; bei den Bezogen monatlich 1.00 RM. einschließlich Trägerlohn. Anzeigen: Grandvorteil 20 Btg., lokale 20 Btg., Anzeigen von auswärts werden durch Postannahme erhoben. Erschlusssort: Friedberg. Schriftleitung und Verlag: Friedberg (Hessen), Hauptstraße 12. Telefon: 43. Postfach: 100. Amt: Friedberg a. M.

Bekanntmachung.

Ausenthalt wehrpflichtiger Personen im besetzten Gebiet.

Sichtlich des Aufenthalts wehrpflichtiger Personen im besetzten Gebiet gilt nach den bisherigen Vereinbarungen der Waffenstillstandskommission folgendes:

1. Alle bei Abschluss des Waffenstillstandsabkommens im vom Feinde zu besetzenden Gebiet befindlichen Personen wehrpflichtigen Alters können bei Besetzung des Landes wehnen bleiben, auch wenn sie vor dem Kriege noch nicht dort gewohnt haben, sondern erst während des Krieges zugezogen sind.
2. Alle nach Abschluss des Waffenstillstandsabkommens entlassenen und zur Entlassung kommenden Offiziere, Militärbeamten und Mannschaften dürfen nur dann im vom Feinde zu besetzenden Gebiet sich aufhalten, wenn sie schon vor dem Kriege dort anständig waren.
3. Entlassene Mannschaften von denen nach vorstehenden Ziffern 1 und 2 die Rückkehr oder das Verbleiben im vom Feinde zu besetzenden Gebiet nicht möglich ist, werden, wenn sie den Jahrgängen 1896—99 angehören, von den Bezirkskommandos wieder eingezogen und im Korpsbezirk bei ihrer Waffenzugang wieder eingestuft. Zu diesem Zwecke haben sich die in Frage kommenden Mannschaften bei ihren zuständigen Bezirkskommandos zu melden. Anderen Jahrgängen steht der Wiedertritt frei.
4. Alle entlassenen Militärpersonen müssen vorschriftsmäßige Entlassungspapiere haben. Als ordnungsgemäß gelten nur Militärpapiere, die förmlich mit dem Merkstempel und der Unterschrift der entlassenden Dienststelle versehen sind. Unterschriften und Stempel des Arbeiter- und Soldatenrates erkennt der Feind nicht an.
5. Die vorstehenden Bestimmungen unter 1—3 gelten nicht für neutrale Gebiete. In diesen können alle ordnungsgemäß entlassenen Militärpersonen ohne Rücksicht auf Jahrgänge und früheren Wohnort sich aufhalten.

In vorstehender Angelegenheit hierher gerichtete Anfragen finden hierdurch ihre Erledigung.
Frankfurt a. M., den 4. Dezember 1918.
Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats.
Das stellv. Generalkommando 18. A.-K.
gez. v. Stüblich, Generalmajor.

Die Besetzung deutschen Landes.

Düsseldorf, 5. Dezbr. (WB.) Nachmittags rückten zwei belgische Kavallerie-Abteilungen in Stärke von 800 Mann in den linksrheinischen Stadtteil von Düsseldorf ein. Jeder Verkehr zwischen den beiden Rheinufern ist verboten. Auch die Ueberbringung von Lebensmittel und Milch aus dem besetzten Gebiet in den rechtsrheinischen Stadtteil ist nicht gestattet. Alle Lokale müssen um 7 Uhr schließen. Ankunftsungen sind verboten. Belgische Kavallerie rückt nach Aachen weiter und wird durch Infanterie abgelöst.

Mün 5. Dezbr. Heute Abend treffen 15 englische Offiziere hier ein, die im Excelsior-Hotel Quartier nehmen. Etwa 8000 bis 10000 Mann englische Truppen werden im Laufe des morgigen Tages erwartet.

Köln, 5. Dezbr. (WB.) Heute Nachmittag wurde der linksrheinische Stadtteil von Oberkassel durch belgische Kavallerie besetzt. In Dierkirchen rückte vormittags ein belgisches Kommando in Stärke von etwa 50 Mann ein, um Quartier zu machen für etwa 500 Mann, die nachmittags ankommen sollen. Damit erreichte der Feind nun auch den Mündungs-Clasbacher Industriebezirk.

Trier, 5. Dezbr. (WB.) Von Niedeggen kommend, sind vier gestern Abend englische Besatzungstruppen eingetroffen. Die englischen Bekanntmachungen sind in Form und Inhalt viel entgegenkommender gehalten als die der Belgier. In dem Nachbarort Schwelgern sind ebenfalls fremde Besatzungstruppen mit zwei Divisionsgenerälen und einem Stab, sowie je einem belgischen Infanterie- und Artillerie-Regiment eingetroffen. Ob sie eine ständige Besatzung bilden werden, steht noch nicht fest.

Trier, 5. Dezbr. (WB.) Nach Remscheidener und Merziger Meldungen ist in jenen Orten, die von den Franzosen besetzt sind, der Verkehr von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens unterbunden. Außerhalb der Gemeinde muß jeder einen schriftlichen Ausweis führen. Es ist die französische Zeit eingeführt. Briefe und Telegramme sind der Zensur unterworfen. Die Zivilisten haben den fremden Offizieren gegenüber eine höfliche Haltung einzunehmen. Polizeidiener, Eisenbahn- und Postbeamten haben zu grüßen.

Leidwischhafen, 5. Dezbr. (WB.) Eine interalliierte Kommission, bestehend aus vier französischen, einem englischen

und einem amerikanischen Offizier, ist heute Mittag, mit Sonderzug von Trier kommend, hier eingetroffen und hat sich sofort in das Eisenbahndirektionsgebäude begeben, um mit den maßgebenden Stellen über einige technische Fragen zu verhandeln.

Kaiserlautern, 5. Dezbr. (WB.) Heute vormittag sind hier mehrere Tausend Mann französischer Truppen eingetroffen darunter die marokkanische Division.

Speyer, 5. Dezbr. (WB.) Nachdem bereits heute vormittag 9 Uhr ein Fortzug von etwa 100 Mann eingetroffen war, rückten um 12 Uhr weitere Besatzungstruppen, und zwar das 51. Infanterie-Regiment und die 3. Genieschwadron, zusammen etwa 1500 Mann, ein. Sie zogen mit klingendem Spiel durch die Stadt. Vor dem Präsidialgebäude nahm der Divisionsgeneral die Parade ab, worauf die Truppen unter Musik zur Kaserne marschierten, wo sie einquartiert wurden.

Ein englischer Armeebefehl.

Aus dem Haag wird gemeldet: „Beim Vortreten des deutschen Bodens durch die englischen Truppen ist von dem englischen Kommando folgender Tagesbefehl aus gegeben worden. „Die vollkommenste Ordnung muß von den Truppen, die den Vorzug haben, in Deutschland einzurücken, gehalten werden. Mit der Bevölkerung soll so wenig Verkehr, wie legend möglich stattfinden, aber jederzeit ausgebrochene Hostilität und Selbstbeschädigung gewigt werden. Jede Familiarität ist zu vermeiden. Die englische Tradition zu einem geschlagenen Feind ist hochzuhalten; denn alle Maßnahmen zur Herbeischaffung von Entschädigung und Wiedervergeltung sind Sache der Behörden selbst, aber nicht des einzelnen.“

Plünderungen.

Hohenjoh, 5. Dez. (WB.) Die Plünderungen, die gestern hier vereinzelt vorgenommen wurden, fanden heute ihre Fortsetzung. Von den Beteiligten wurden bereits vier Zivilpersonen polnischer Nationalität erfaßt. Infolgedessen nahmen polnische Soldaten gegen den Soldatenrat Partei, so daß sich in den Nachmittagsstunden Straßenkämpfe entwickelten, bei denen auch Handgranaten und Maschinengewehre eine Rolle spielten. Sämtliche Geschäfte in den Hauptstraßen und am Markte wurden nachmittags geschlossen. Niemand durfte die Straße passieren. Gegen Abend wurde der Verkehr wieder freigegeben.

Polen, 5. Dez. Heute Nacht rückte eine Bande bewaffneter Plünderer, Soldaten und Zivilisten vor das Bekleidungsamt, hob die Wache auf und versuchte einzudringen. Der Sicherheitsposten im Gebäude ließ ein Revolvergewehr in Tätigkeit liegen. Es entspann sich ein Kampf, der einen Toten und 15 Schwerverwundete forderte. 26 wurden festgenommen, die übrigen in die Flucht geschlagen.

Angsborg, 5. Dez. Wie der Zentrumsführer Dr. Heim auf der kürzlich stattgefundenen Tagung der oberpfälzischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte mitteilte, wurden von seinen zugehörigen Soldaten auf dem Lager Weidhof bei Augsburg Plünderungen in großem Maßstab verübt. Dort wurden ganze Kammern mit wertvollem Sanitätsmaterial ausgeraubt. In den letzten Tagen wurden ferner 3 Millionen Raar Stiefel geraubt, die den heimkehrenden Frontsoldaten ankommen sollten, desgleichen 7 Millionen Kilogramm Bodenleber.

Keine Internierung der Armeeladungen.

Berlin, 5. Dez. (WB.) Die deutsche Waffenstillstandskommission hat durchgesehen, daß von der Internierung der Beeresgruppe Madagen endgültig Abstand genommen wird. Die Rückführung der Truppen in die Heimat wird mit der Bahn und zu Fuß fortgesetzt. Eine größere Anzahl von Formationen hat die deutsche Grenze bereits überschritten.

Amerikanische Freiheit der Meere.

Haag, 20. Nov. Die „Times“ erfahren aus Newport, daß verschiedene Britanzekorespondenten in Washington mit der Weigerung einverstanden sind, daß ein wichtiger Teil der neugebauten Dampfschiffe an ein britisches Eignis verkauft werden soll.

Ueber die Freiheit der Meere, die vom Präsidenten Wilson befürwortet wird, schreibt die „Evening Post“, daß sämtliche Anhänger Wilsons genau wüßten, was er darunter verhe, und daß er mit seiner Forderung lediglich eine Unterbindung der amerikanischen Kaufschiffe betwede. Das Blatt sagt: „Man behauptet oft, daß die Wünsche jedes Landes am Konferenzisch zwar ungenügend klingen, aber tatsächlich nur durch das Bewußtsein der eigenen Interessen diktiert werden. Deshalb hat es Wilson so dargestellt, als ob er lediglich die amerikanischen Befürworter, gleichviel welche Faltung die Konferenz selbst mit Rücksicht auf die abstrakten Prinzipien einnimmt. Die Vereinigten Staaten werden mit dem Bau von Schlachtschiffen und Kreuzern solange fortfahren, bis sie die größte

Flotte der Welt haben. Wir haben während des Krieges eine große Kaufschiffeslotte gebaut und andere Nationen müßten davon gerne profitieren. Die Freiheit der Meere bedeutet für die amerikanischen Geschäftleute und für das amerikanische Kapital Freiheit des eigenen Handels und Schiffbaues. Falls die europäischen Nationen abgeneigt sind, ein Abkommen über die Gleichberechtigung aller Nationen abzuschließen, werden die Vereinigten Staaten für sich selbst eintreten und werden Maßnahmen zur Sicherstellung der gegenwärtigen Einflüsse ergreifen.

Die Erwörung der Romanows.

Haag, 5. Dez. Neuter meldet aus Chorbín: Der Bericht daß die Bolschewiki in Krasnojarsk die Großfürsten Sergius, Nicolas Nicolajewitsch, die Großfürstin Elisabeth Fjodorowna, sowie die Prinzen Johannes, Konstantin, Nicol und Paul ermordet haben, wird bestätigt. Die einzelnen Personen wurden gezwungen, in einen Bergwerksloch ab zu springen, wo ihre Leiden jetzt gefunden wurden. Die russischen Mörder melden weiter, daß die Jarin und ihre fünf Kinder, deren Leiden noch nicht gefunden worden sind, von der gleichen Bande erwidert worden sind. Die Namen der Mörder, die nach Fern abgezielt sind, sind bekannt.

Der König der „Schwarzen Berge“.

Paris, 4. Dez. (WB.) Agence Havas. Die montenegrinische Regierung demontiert die aus Wien kommende Nachricht, daß die Groß-Stupitschina beschloßen habe, König Nikolaj abzusetzen und Montenegro mit Serbien zu vereinigen. Allein das vom Volke getragene gewählte Nationalparlament habe das Recht, Beschlässe bezüglich der Souveränität des Staates und Herrscherhauses zu fassen. Die Groß-Stupitschina bestreite nicht verfassungsgemäß, andererseits sei es unumgänglich ausenblich das Nationalparlament zusammenzubekommen, da eine große Anzahl der Mitglieder noch in österreichischen Gefängnissen eingesperrt sei oder in fremden, alliierten oder neutralen Ländern wohnt.

Haag, 4. Dez. Der „Matin“ veröffentlicht eine Erklärung des Königs von Montenegro, in dem dieser erklärt, daß der Bericht über seine Absetzung nur ein Froschballe sei. Wenn wirklich eine Zusammenkunft in Podgorica stattgefunden habe, dann könne das nur unter dem Zwange der Bajonette geschehen sein. Eine Volksabstimmung könne nicht mit bewaffneter Macht durchgeführt werden. Sein Geschlecht regiere seit 244 Jahren in Montenegro, er selbst seit 60 Jahren. Er glaube nicht, schlechte Erinnerungen hinterlassen zu haben. Trotzdem würde er sich einer Entscheidung des Volkes unterwerfen, denn in kleinen Lande seien die Fürsten noch immer die Diener des Staates gewesen.

Die Sinnfeiner und die Wahlen.

Haag, 4. Dez. Das „Waterland“ meldet aus London: Die Sinnfeiner spannen alle ihre Kräfte an, um die bevorstehenden Wahlen zum Ausgangspunkt einer neuen Periode der irischen Geschichte zu machen. Die nationalistiche Partei fürchtet, daß sie sehr vermindert aus den Wahlen hervorgehen wird und wagt nur noch auf etwa 30 Sitze im neuen Parlament zu rechnen, während sie bis jetzt über 70 verliert. Der Leiter der Sinnfeiner, Dr. Balero, wurde in vier Distrikten zum Kandidaten aufgestellt, u. a. in dem Wahlbezirk von Dillon, dem des parlamentarischen Leiters der nationalistischen Partei. Das Programm der Sinnfeiner ist ultraradikal. Die Führer der Partei betrachten sich als die Träger der höchsten Macht über das irische Volk. Sie werden in den Versammlungen auftreten wie die Regierungen anderer Länder. Sie werden Steuern erheben und ausländische Anleihen abschließen. Sie werden Armee, Polizei und geheimen Dienst einrichten. Attaker und Passiv Widerstand gegen die englische Einmischung soll organisiert werden, und das englische Recht soll ganz aus Irland entfernt werden.

Die Wahlen in England.

Haag, 5. Dez. Neuter meldet aus London: Die Wahlen finden am 14. Dezember statt. Es müssen 707 Mitglieder gewählt werden gegen 670 nach dem alten Gesetz. Man zählt 16 Millionen Wähler. Als Gegenkandidat Lord Georges tritt Austin Harrison, der Redakteur der „Irish Review“ auf. Ohne Gegenkandidaten werden gewählt werden Austin Chamberlain in Birmingham, der frühere Lebensmittelkontrolleur Caines in Manchester und der Arbeiterführer Will Crooks in Woolwich.

London, 4. Dez. (WB.) Neuter. 8 Uhr abends waren 48 Koalitionsunionisten, 28 Koalitionsliberale und Arbeiterpartei, 1 Nationalist, 23 Sinnfeiner, gegen die keine Kandidaten aufgestellt waren gewählt. Balfour wurde in der City Londong gewählt. Frau Hope, die sich als Gegenkandidatin gegen Asquith in Eupar aufstellen lassen wollte, konnte ihre Kandidatur nicht durchsetzen. Die Sinnfeiner Grafen Plunkett und Desjollera sind gewählt.

Russische Zustände.

Geno, 29. Nov. Der frühere holländische Gesandte in Petersburg Lubenski ist nach Holland zurückgekehrt und gibt dem „Nieuwe Rotterdammer Courant“ folgenden Bericht über die Zustände in Rußland. Die umfangreiche Vorlegung wiederholt in ungeschicklicher Weise vieles, was inzwischen von der ungeheuren Verzerrung und Verzerrung des Landes, den Greueln und der Knochensollerei bekannt geworden ist. Unermüdlich dürfte folgendes sein: Zum Festtag der Revolution wurden Ehrenproben errichtet, zu denen man 100 000 Ellen Baumwollstoff zu einer Zeit verwendete, wo Hunderttausende ohne Kleidung sind. Arbeiter, die diese Ehrenproben errichteten, bezogen einen Lohn von 250 Rubel täglich. Der Hohn gegen die Bourgeoisie (Kriegsriest der Gesandte durch Ermüdung von verführten Hüllen, wo ganz kleine Leinwandbesitzer, die zufällig nicht Arbeiter waren, ihres Besitzes beraubt und selbstherrlich ins Gefängnis geschickt wurden. Der Gesandte glaubt nicht, daß irgendwo eine Möglichkeit besteht, selbst wenn Rußland sich zu dem alten Regime bekennen würde, aus eigenen Mitteln Ordnung zu schaffen und das verarmte Land wieder emporzubringen. Die Landwirtschaft besteht praktisch überhaupt nicht mehr, da die Bauern die Felder nicht bestellen, um nicht der Ertragnisse von der Volkswirtschaft beraubt zu werden. Nur völlig mittellose Bauern und Kleinrentner unterstützen mit bewaffneter Hand das gegenwärtige Regime.

Keine russischen Goldgewini in Berlin.

Berlin, 4. Dez. In der Gesamtsitzung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte, die am 16. Dezember in Berlin stattfindet, haben die russischen Delegierten angekündigt und der Berliner Volksrat hat diese russischen Beschlüsse, die ja wohl nicht ganz auf eigene Faust sich selbst einlassen haben, schon im Voraus freundschaftlich begrüßt. Wohlwollend aber werden wohl diese russischen Gäste, die gleichfalls als Emittäre wirken werden, nicht empfangen, denn wie der gegenwärtigen Reichsleitung nachstehenden „Kommunistischen Parlamentarischen Nachrichten“ erfahren, hat der Zentralrat der gesamten Ostfront erklärt, daß er den russischen Abteilungen auf jeden Fall die Einreise verweigern würde, und daß die gesamten Soldatenräte der Ostfront unbedingt auf diesem Standpunkt verharren. Die entscheidende Entscheidung über die Einreise verdient umso mehr Beachtung, als die deutschen Soldaten im Osten die Bolschewiki aus eigener Erfahrung und am eigenen Leibe kennen lernen konnten.

Ein Reichsluftamt.

Berlin, 5. Dezbr. (WB.) Erlass über Errichtung des Reichsluftamtes. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 16. 11. 1918 im Reichsgesetzblatt wird hiermit das Reichsluftamt errichtet. Die Leitung des Amtes wird August Sauer aus Frankfurt am Main übertragen, der den Titel Reichsluftamtsleiter führt. Das Reichsluftamt bearbeitet die Angelegenheiten der Luftfahrt selbstständig mit der Ausnahme, daß das Luftfahrtrecht unter seiner Mitwirkung vom Reichsrat des Innern genehmigt wird. — Staatssekretär des Innern Dr. Preuß.

Vermögens- und Kriegsgewinnsteuer.

Berlin, 4. Dez. (WB.) In der „Freiheit“ bespricht Allan-Krus das Problem der Kriegsgewinn- und Vermögenssteuer vom streng sozialistischen Standpunkt aus. Er verurteilt die anderen Methoden der Kapitalverwertung. Der Plan die Kapitalisten durch Lohnsteigerung zu „expatriieren“, ist zweifelhaft und unüberwindlich. Eine reelle Lohnerhöhung im sozialen Staat ist nur möglich durch eine Steigerung der produktiven Kräfte und durch geregelte Bekämpfung des Kapitalismus. Deshalb sei eine Vermögenssteuer angebracht: sie würde bei Vermögen von 600 bis 20 000 Mark mit 12 Prozent beginnen und bei Vermögen über 20 Millionen Mark bis 80 und 90 Prozent steigen. Sie würde nach Abschätzung des für 1914 deflationierten preussischen Volkseinkommens einen Steuerertrag von 413 Millionen ergeben haben. Unter den heutigen Verhältnissen würde das gesamte deutsche Volkseinkommen bei richtiger Erfassung und geregelter Kapitalsteuerung aller Vermögen mindestens das Verdachte des für 1914 für Preußen deflationierten Steuerertrages erreichen. So können wir innerhalb auf rund 124 Milliarden Mark Einkommensteuer. Daneben sei eine Kriegsgewinnsteuer erforderlich.

Eine rheinisch-westfälische Republik.

Köln, 4. Dez. Die im Westen des Reiches seit einiger Zeit von einflussreichen Kreisen geförderten Bestrebungen auf Bildung einer rheinischen Republik im Rahmen des deutschen Reiches fanden heute Abend fürstlichen Ausdruck in einer von der Kölner Zentrumspartei einberufenen Versammlungsversammlung. Zunächst gab der Führer der rheinischen Zentrumspartei, Geheimrat Trumbach, eine beredte Besprechung des neuen Parteiprogramms. Danach sprach unter ungebrochener Aufmerksamkeit der zahlreich erschienenen Teilnehmer Dr. Fowder. Dieser kritisierte er die gegenwärtige preussische Regierung, an deren Spitze die Kasse, oder kein Kopf hänge. Die Entschlossenheit der Kampf aller gegen alle. Es bestünde die Gefahr, daß die Länder am Rhein in den Strudel des allgemeinen durch den Berliner Wärmepumpen-Vertrag gezogenen Abgrundes gezogen würden. Das Rheinland sei deshalb auf Selbsthilfe angewiesen. Es sei nunmehr möglich, dem politischen Schicksal mit eigener Hand zu gestalten, bevor das Rheinland in den politischen Abgrund der Bolschewiki in Berlin hinab zu unerschütterlichem Schicksal des Deutschen Reiches bereiteten. In der allerersten Stunde vor der Besetzung will das Rheinland zu Taten schreiten. Es schickte darauf folgende Beschlüsse vor: 6600 rheinische Bürger und Wähler...

am 4. Dezember zu Köln versammelt, sollen folgenden Beschlüsse: In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzung im Deutschen Reich und der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit, in Berlin jetzt eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Überzeugung, daß die Länder am Rhein und Westfalen politisch, kulturell und wirtschaftlich ausreichend für die Bildung der Kräfte besitzen, gibt die Versammlung ihrem festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und das Wiedererkennen eines freien deutschen Staatswesens von den Ländern am Rhein und Westfalen aufzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland Westfalen und den anderen Ländern am Rhein auf, baldmöglichst die Proklamierung einer dem Deutschen Reich angeschlossen selbstständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten.

Verschiedenes.

Geno, 4. Dez. Der Geheimrat Justizrat Dr. Alexander Reiß, Professor der Rechte an der Universität Göttingen, hat sich aus „Veranlassung über die trostlose Lage des deutschen Vaterlandes“ das Leben genommen. Er ist der Sohn des berühmten Jenauer Rechtslehrers Wilhelm Reiß.

„Die Könige sind alle gleich schlecht!“

In einem Kultur- der rumänischen Landwirte an das rumänische Volk heißt es: „Der ungarische König haben wir beilegt, nun wollen die rumänischen Herren und den König von Rumänien aufheben, während die Könige doch alle gleich schlecht sind. Man will uns in die Hände der rumänischen Vorgesetzten bringen, die das Volk noch ärger unterdrücken, als unsere Herren es getan haben. Die sozialdemokratische radikale Republik will dem sich selbstbildenden rumänischen Volke Land geben, sie will aber nicht, daß in Liebenbürgen die Familie der Hohenzollern herrsche, sondern das arbeitende Volk. Wir brauchen Land und Freiheit. Es lebe die sozialdemokratische radikale Republik!“

Die Idealisten der Revolution.

Mit wohlwollendem Idealismus der Vorkämpfer des Volksgewalt, Herr Richard Müller und seine Frau der Revolution dienen weiß man aus der letzten Soldatenratsitzung. Daß er sich von seiner Umgebung nicht abhebt, zeigen Mitteilungen, die die „Sozialistische Korrespondenz“ über den „Sekretär“ des Volksgewalt, Herrn Julius Dr. James (sic!) Broch:

Nach im Jahre 1917 leitete die „Internationale Korrespondenz“ und die „Blätter“ Aufsätze dieses Dr. Broch ab, weil sie abweichend von der Kriegspolitik der Partei rein imperialistische Gebankengänge enthielten. Jetzt schwingt derselbe Dr. Broch große unaufrichtige Prinzipienreden. Er ist Sekretär des Volksgewalt und des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats und besetzt dafür 50 Mark Diktand den Tag. Natürlich hat er auch seine Frau dort untergebracht, die inessen von 40 Mark Diktand für den Tag bezieht. Mit 2700 Mark Diktand den Monat werden hoffentlich selbst Herr und Frau Julius Dr. Broch in der U. S. B. wohlfühlen. Es lebe die Revolutionspartei!

Wie hat ein Sozialdemokrat reagiert? „In dem alten Göttern war die Welt, am neuen ist alles schlecht.“ Jedenfalls „duhst“ er von Tag zu Tag tiefer in den Himmel.

Wasserkreuzungen gegen den deutschen Gesandten in Warschau. In Warschau fanden vor dem Hotel, in welchem der deutsche Gesandte Graf Sarras logierte, große Demonstrationen statt, infolge deren der Gesandte den deutschen Gesandten erludte, sein Haus zu verlassen. Das polnische Ministerium hat sich deswegen entschieden.

Keine Kohlen für Berlin!

Auf der sozialdemokratischen Parteikonferenz hat Loh-Breslau erklärt, wenn in Berlin nicht bald Ordnung geschaffen werde, würde der zentrale städtische Arbeiter- und Soldatenrat beschließen, sich vollständig gegen das übrige Deutschland abzusperren. Dann bestimme Berlin seinen eigenen Kohlenmarkt, und wir würden binnen kürzester Zeit vor der Katastrophe.

Zulammenstoß zweier Militärgänge.

Stahliart, 5. Dezbr. (WB.) Der „Proletarier“ schreibt im Mittwoch 4. 12 abends 11 Uhr 32 ist auf dem Bahnhof Sülzbad, kurz vor der aus der Richtung Potsdam kommende Militärgang 6970 auf den Schlag des am Bahnhof ankommenden Militärganges 527 angetroffen. Ein Soldat wurde getötet, fünf Soldaten wurden verletzt. Mehrere Wunden wurden entzündet und vielen die Lammhölzer hinhin. Besondere Verletzungen sind nicht entstanden. Der Schaden ist ziemlich erheblich.

Arbeiten — oder wir gehen zugrunde.

Der Staatssekretär des Reichswehrministeriums, Koeth erklärte einem Vertreter des „Vorwärts“:

Es scheint, daß die meisten von uns sich den furchtbaren Ernst unserer wirtschaftlichen Lage noch nicht hinreichend klar machen. Wir wandeln an Abgründen, die uns täglich zu verhängnisvollen Dingen, und nur größtes Pflichtbewusstsein, härteste Arbeitsanstrengung, eiserner Disziplin aller können die Volk retten. Selbst es uns nicht, der Volksgeschichte, Natur, Licht, Wärme, Unterwelt, Weltung zu führen, je trauer der ungeborenen existierenden Lebewesen überall ohne Unterbrechung mit dem zu versorgen, was sie dringend zum Leben braucht, dann sind wir verloren, dann haben wir zwei Stunden, Anarchie, Bürgerkrieg, Verfall des Reiches und nachher die Invasion schicksalvoller Feinde.

Sobald Mann muß wissen, daß er jetzt ganz persönlich die Verantwortung trägt für sein und seines Nächsten weiteres Leben und in erster Linie auf seiner selbst.

Vor allem muß jeder arbeiten — sonst gehen wir zugrunde. In der letzten Zeit ist viel über die Arbeitslosigkeit gesprochen. Das ist im Ansehn der unbeschäftigten Bevölkerung, aber

wir können es uns einfach nicht leisten. Jeder muß sich auf Erzeugung, Abgabe oder Absatz herausschleichen und unermüdlich seine Pflicht tun. Wenn z. B. ein Arbeiter, der Rostoffe, Gipsfabrikate oder Kohlenpulver erzeugt oder Transportbewegungen nicht möglich, dann kann das bedeuten, daß an anderen Stellen Gips- und Arbeitslosigkeiten entstehen, hungern, frieren. Es müssen auch jetzt Arbeitsbeschäftigungen unbedingt vermieden werden; jeder Schritt kann uns unmittelbar in die Katastrophe hineinbringen. Wenn wir keine Kohle mehr haben, weil die Kohlenarbeiter streiken, liegen die Betriebe still, ruht der Eisenbahnbetrieb, können wir keine Lebensmittel und keine Heizstoffe mehr beschaffen. Das war das Ende, wäre der Tod für die Volksgemeinschaft und für zahllose einzelne Volksgenossen. Es wird jetzt auch nicht gehelrt werden müssen, denn die Bestrebungen der Arbeiter sind heute fast genug, um jede wirtschaftlich überhaupt nützliche Forderung durchzusetzen.

Auf jeden kommt es heute an: jeder kann mitwirken, das Volk zu retten, aber kann dazu beitragen, es in unheiliger Eile zu verhängnisvollen. Ich glaube an die deutschen Arbeiter, ich glaube daß sie besonnen, sich streiten und unermüdlich aus der Not von heute dem Wege zu einer besseren Zukunft helfen werden.

Einigung mit der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 4. Dez. (WB.) Zwischen der deutschen demokratischen Partei und der deutschen Volkspartei ist eine Verständigung erzielt worden, die zu dem Eintritt der Volkspartei in die deutsche demokratische Partei geführt hat. Die deutsche demokratische Partei hat dabei den Standpunkt vertreten, daß eine Einigung nur auf der Grundlage ihres Programms vom 16. November möglich sei, und diejenigen Persönlichkeiten, die bei der Kandidatur für amnestiellistische Kriegeskläre und bei der Amnestie gegenüber vertretenden Volkstift eine währende Rolle gespielt sowie diejenigen, die gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben innerhalb der Partei nicht hervorgerufen werden.

Mit anderen Worten heißt dies, daß sich die Demokraten und Freisinnigen mit den Nationalliberalen des linken Flügels, die am durch Stresemann und Richter gruppiert sind, vereinigt haben.

Herr Eisner, der Prinzipienfeste.

Im „Vorwärts“ hat Erich Ruttner den Herrn aus München mit den „reinen Händen“ daran erinnert, daß er bereits am 28. Juli 1914 wußte, der Krieg sei wegen des bevorstehenden Eingreifens Russlands unvermeidlich, und daß er mit aller Macht in der Sozialdemokratie dahin gewirkt habe, daß sie sich hinter die Regierung stelle und die Kriegserklärung bewillige. Erich Heilmann knüpft in der „Sozialistischen Korrespondenz“ an diese interessante Erinnerung an und erregt sie wie folgt:

„Aber Eisner hat viel mehr getan. Bei der großen Abstimmungsfrage des Jahres 1913 dem unmittelbaren Vorkämpfer des kriegerischen Zusammenstoßes, hat Herr Eisner im Gespräch vor parlamentarischen deutschen Sozialdemokraten dafür Propaganda gemacht, daß mit dieser Vorlage nicht wie sonst die Militärvorlage abgelehnt, sondern angenommen sollten. Er hat seine Kräfte hierüber tapfer, allerdings nicht mit Namen unerschrocken, sondern anonym, in der damals erscheinenden Zeitschrift „Krieg“ veröffentlicht.“

Genau huren, alle Bekanntheit. Herr Eisner hat jetzt Gericht über die „amoralischsten Persönlichkeiten!“

Danach verfährt Herr Eisner in der Tat über eine bemerkenswerte Chuppe.

Zeitweilige Garnisonverlegungen.

Das vom Feinde zu besetzende und neutrale Gebiet muß von den deutschen Truppen schnellstens geräumt werden. Es werden nachstehende Erlohnformationen verlegt bzw. nach deren Verlegung spätestens am 7. Dezember durchgeführt sein:

		von	nach
1. Er.-Inf.-Reg.	80	Wiesbaden	Braunfels
1. Er.-Inf.-Reg.	81	Kranich	Wetzlar
1. „	87	Main	Tr.-Abt. XI, Ob
1. „	88	Main	Tr.-Abt. XI, Ob
1. „	115	Darmstadt	Frankfurt a. M.
1. „	119	Worms	Frankfurt a. M.
1. „	168	Hirschbach	Frankfurt a. M.
Er.-Drag.-Reg.	6	Main	Frankfurt a. M.
		23	Darmstadt
		24	Darmstadt
Er.-Pionier-Reg.	3	Wiesbaden	Frankfurt a. M.
2. Er.-Pionier-Reg.	25	Main	Gelnhausen
2. „	27	Darmstadt	Wiesbaden
2. „	61	Darmstadt	Wiesbaden
2. „	63	Kranich	Schlacht-Stetten
2. „	18	Darmstadt	Dieburg-Gelnhausen
2. „	21	Main	Seligenstadt
2. „	25	Main	Seligenstadt
2. „	9	Darmstadt	Wiesbaden
2. „	2	Darmstadt	Wiesbaden
2. „	18	Darmstadt	Wiesbaden
2. „	1	Kranich	Wiesbaden
2. „	1	Wiesbaden	Wiesbaden
1. Er.-Inf.-Reg.	117	Main	Wiesbaden

Zu viele Juden in der Regierung!

Das „Jüdische Echo“ in München schreibt: „Von 100 Stimmungen nicht mit Meinungen verwechselt. Aber man kann Stimmungen Rechnung tragen, ohne seine Meinung preiszugeben. Es sind zu viele Juden in der Regierung, sowohl im Reich, wie in Bayern, das ist die allgemeine Stimmung. Wenn Juden nicht sind, der Allgemeinheit näher können, dann haben sie dieselben Rechte wie Nichtjuden also auch das Recht, an der Spitze der Regierung zu stehen. Das ist unsere Meinung wenn aber die allgemeine Stimmung diese Führer bespöttelt, die nicht aus breiter, geistlich begründeter Basis zu dem erhoben worden sind, wozu sie die Umwälzung gemacht hat, dann handelt

ke kleidlich nicht lag, wenn sie im Führeramt verharren. Ihre Tätigkeit findet unter solchen Umständen nicht die objektive Bewertung, die sie erwarren dürften; Mitleid und Miströuen schadet nicht nur ihnen, sondern der Allgemeinheit und vor allem dem Judentum."

Blinderungen.

Es mehren sich die Meldungen über Blinderungen, die in letzter Zeit in deutschen Städten vorgekommen sind. Besonders in Köln sind große Ausbreitungen vorgekommen. Prokurant-Ärztler und Warenhändler sind geplündert worden. Soldaten und Bürgerwehr mußten mit Nadeln eingeworfen werden. Es gab Tote und Verwundete. Fast werden die Fußtende denen in Russland ähnlich, wo es auch nach Friedensschluß noch Tausende von Toten und Verwundeten gegeben hat. Hier in Friedberg wird es verhältnismäßig leicht sein, Ruhe und Ordnung zu wahren. Innerhalb sind die Schwierigkeiten größer als man denkt. So zum Beispiel hat der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat bereits seit über 1000 Flüchtlinge untergebracht bzw. weiter dirigiert, die sich hier melden. Wenn nicht die richtige Organisation da wäre, so würden diese vielen beschützunglosen Menschen zu einer Plage und Geißel der Bevölkerung werden.

Zur Verhütung der Einmüdigkeit Friedbergs sei mitgeteilt, daß sich der A. und S.-Rat auch weiterhin zur Pflicht macht, hier Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu wahren. Es finden auch Besprechungen statt, über ein Zusammengehen mit den hiesigen Behörden und mit der Polizei. Bei Vorfällen gegen Ruhe und Ordnung bietet der Arbeiter- und Soldatenrat um telefonischen Anruf (Telefon Nr. 99). Es sei an dieser Stelle nochmals besonders hervorgehoben, daß im Falle von Raub, Plünderung und Mord die strengsten Einzelnen eintreten müssen. Es gibt im Interesse der Ruhe und Sicherheit keinen anderen Weg. Im Arbeiter- und Soldatenrat ist die Errichtung eines Standbundes besprochen worden, das eventuell sogar auf Todesstrafe erkannt.

Arbeiter- und Soldatenrat Friedberg i. S.

Bezüge für den Soldatenrat.

In der hiesigen Bürgerschaft sind die unsinnigsten Gerüchte über Bezüge verbreitet. Die sich Angehörte des Soldatenrates zugelegt haben sollen. Dazu wird uns von Seiten des Soldatenrates folgendes mitgeteilt:

Jeder Soldat, der zur Zeit — obwohl seine Entlohnung in Betracht käme — weiter dient, erhält eine tägliche Zulage von M. 3.—. Diese Zulage ist allgemein festgesetzt, d. h. nicht vom hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat. Diese Zulage erhält also der hiesige Soldatenrat genau so wie jeder andere Soldat. Dazu kommt dann allerdings eine Zulage von M. 2.50 für die Abteilungsleiter. Wenn man bedenkt, daß die Arbeit mit der Zeit immer größer und lastender geworden ist, so wird das als beachtlich anerkannt werden. Einmalige Erhöhungen und sonstige Soldaten, die der Arbeiter- und Soldatenrat befristigen muß, erhalten keine besondere Zulagen. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß aus den besonderen Verhältnissen innerhalb des Soldatenrates auch noch nicht eine der allgemeinen Zulagen ausbezahlt worden ist. Auch viel weniger ist die besondere Bezahlung innerhalb des Arbeiter- und Soldatenrates bis zum heutigen Tage irgend jemand zugute gekommen.

Aus der Heimat.

Friedberg. (Vortrag Stadter). In der dichtgedrängten Stadtsitzung sprach Direktor Dr. Stadter über „Deutschlands Einwanderung“. Es ist gewiß etwas bisher unmögliches gewesen, daß in der Kirche eine öffentliche Volkserhebung stattfinden konnte. Wer hätte es vor kurzen noch für möglich gehalten, daß die Idee des Sozialismus von der Kanzel gepredigt würde. Bieleicht — so etwa führte der Redner aus — ist es ein Symbol der neuen Zeit, daß wir uns gerade in der Kirche zusammensuchen. In außerordentlichen Zeiten muß es eben außerordentliche Möglichkeiten geben. Nach kurzen abschließlichen Rückblicken kam Direktor Dr. Stadter dann auf die Verhältnisse des deutschen Zusammenbruchs, die er in klaren Zügen deutlich zeichnete, zu sprechen. Verbrecherliche Taten politischer Art, ungeheure Fehler in politischer Verwaltung sind begangen worden. Maßvolle Politik und Menschlichkeit sind unterlegen. Diese Erkenntnis ist unabweisbar, aber wir wollen den Aufstieg. Wir sind und bleiben ein 40 Millionen Volk im Herzen Europas, und die Welt soll mit uns rechnen. Nicht das Volk hat verlagert, sondern die Führer. Das ist unsere Hoffnung und unser Glaube. Unser Volk wird moralische und materielle Kraft haben, um sich eine neue Zukunft zu schaffen. Redete ging dann auf die drei großen Wege ein, die zum Ziele führen: Demokratie, Sozialismus und Völkerverbund. Wir sind überzeugt, hätte nicht die Weisheit des Erbes abgehalten, so hätte lauter Beifall dem Redner gelaht.

Friedberg. (Schillerstraße) Auf das Interes bezieht: Niederaufnahme des Unterrichts an der Schillerstraße sei auch in dieser Stelle osmerksam gemacht.

Armeesoldatensituation Friedberg. Die Armeesoldatensituation der 5. Armee die in Frankfurt, Niedersstraße 89, untergebracht war, wird von heute ab nach Friedberg in Hessen verlegt. Diejenigen Formationen (Armeetruppen, Stappformationen usw.), die nicht bei einer Divisions- oder Korpsanstellung, sondern bei bodenkundigen Feldpostformationen der 5. Armee ihre Post in Empfang genommen haben, sollen sie weiter in Friedberg ab. Formationen, die hierzu nicht in der Lage sind, teilen der Armeesoldatensituation den Ort mit, wohin die Post gestandt werden soll.

Friedberg. Die Veranlassung der Beamtenerneuerung im „Mainzer-Rat“ wird von allen Beamtengruppen zahlreich beklagt. Der Vortrag des Herrn Böcker über die Verhältnismäßig wurde in bester Form gehalten. Auch andere

liche Darstellung der Berechtigung über Bismarckstellung und Mandatverteilung konnten alle Hörer einen klaren Einblick in das Wesen der zukünftigen Wahlform für unsere politischen Körperlichkeiten gewinnen. Herr Böcker unterstrich auch kräftig den Gedanken, daß nur durch reges politisches Interesse und zielbewusstes Aufstehen geistvoller Wählergruppen das erreicht werden kann, was Sinn und Ziel der Verhältnismäßig ist, nämlich die Minderheiten zu schützen und politisches Wollen auch erfolgreich zu befähigen. Die Veranlassung begrüßte und billigte einstimmig den Eintritt der hiesigen Privatbeamten in die Beamtenerneuerung, welche damit nahezu 600 wahlberechtigter Mitglieder umfaßt. Ein kurzes Referat des Vorsitzenden leitete die Aussprache über den 2. Punkt der Tagesordnung: „Die politische Lage und die Aufgaben für die Beamtenschaft“ ein. Der Redner gab einen Überblick über die wirtschaftliche und rechtliche Lage der Beamtenschaft im alten Staate und die Befreiungen durch Zusammenfassung der Beamtengruppen berechtigter Forderungen nachhaltiger zu vertreten. Die tiefstehenden Wirkungen der Kriegsjahre auf unser gesamtes Wirtschaftsleben und die harten Folgerückwirkungen besonders für das Beamtentum wurden kurz geschildert. Die staatliche Umwälzung wird das Leben der Beamten für die Zukunft freier gehalten, aber um so größer wird auch ihre Verantwortung sein. Die erste dringliche Aufgabe ist, mit ganzer Kraft zu einem geordneten Verlauf der jetzigen politischen Krisis und Ubergangszeit beizutragen. Drei Grundforderungen müssen alle Beamtengruppen für sich begreifen und betätigen: soziale Gesinnung, demokratisches Welt- und gründliche Schulung für eine klare und zielbewusste politische Betätigung im öffentlichen Sinne. Es gilt für die Beamtenschaft aus der Heiligkeit und den großen und schweren Aufgaben der kommenden Jahre die richtigen Forderungen zu ziehen, damit sie für die Zukunft eine politische führende und zugleich verantwortliche Volkstruppe im Dienste des Gesamtvolkes bedeutet. Sie wird daraus aber auch die Berechtigung ableiten, für die eigenen Ziele und Aufgaben eine wirtschaftlich und kulturell zielklare und fortschrittliche Beamtenschaft zu treiben. Die Aussprache war äußerst lebhaft und anregend. Sie ließ erkennen, daß die geistvollere Organisation schon manches in Fluß gebracht und das Interesse an Beamtensachen wesentlich geweckt hat. Es wurde aber auch erkannt, daß gerade die kommenden Monate die Vereinigung vor besonders schwierige Aufgaben stellen werden. Mit Recht betonte ein akademischer Beamte, indem er seine volle Freude über die hier bestehende Organisation und ihre Ziele ausdrückte, daß es im Interesse der gesamten Beamtenschaft liegen würde, wenn auch die akademischen Kreise ihre Vereinstätigkeit zur Mitarbeit ausbündeln. Die Veranlassung gab dazu ihre volle Zustimmung und auch die Leitung sprach es aus, daß, wie schon in früheren Sitzungen wiederholt erklärt wurde, sie es in allen Beamtengruppen gerne sehen würde, wenn auch die akademischen Beamtene ihre Mitarbeit vollziehen wollten. Die Leiter von Arbeitsausschüssen unternommenen Schritte fanden volle Billigung. Es wurde erwünscht, daß gerade in der jetzigen Zeit öfters Vorträge und Ausreden zur Aufklärung in schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen veranstaltet werden möchten. Ein Abend soll ausschließlich gemeindepolitischen Fragen gewidmet sein. Auch die zur Zeit in Fluß gebrachten großen Reformen in Erziehungsfragen sollen behandelt und für unser städtisches Schulleben so dringend notwendigen Forderungen und Forderungen gezogen und tatkräftig vertreten werden. Der Vorsitzende konnte mit Worten der Befriedigung und des Dankes die Tagung schließen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Geist der Geslossenheit und Einmütigkeit die Früchte bringen möchten, wie sie erster Wille und freudige Arbeit erwarten dürfen.

* Errichtung einer Wirtschaftsstelle für die Bezirke Hessen und Wiesbaden. Von dem hiesigen Staatsministerium und der Regierung in Wiesbaden ist die Wirtschaftsstelle Frankfurt a. M. für die Bezirke Hessen und Wiesbaden mit dem Sitz Frankfurt am Main, Altkönigsplatz 27, als Organ der Demobilisationskommission unter der Leitung des Herrn von Baumherrschen geschaffen worden. Die Wirtschaftsstelle hat den Anforderungen der Demobilisationskommission zu entsprechen. Ihr Arbeitsgebiet umfaßt: Allgemeine Arbeiterfragen (Schlichtungsausschüsse, Arbeitsnachweise, Abfindung der Geistes), wirtschaftliche Demobilisations, Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, Verkehrsmittel über Gas- und Elektrizitätswerte, Freigabe von Baustoffen (Ziegel und Tackel) Rohstoffen, Schatz und Befreiungsfürsorge für die Arbeiterkraft, Förderung der Produktion von Nahrungsmitteln, Eisenbahnenorganisation und Entlastung. Schlenkewirtschaft der gesamten Industrie, Nationalisierung des Verkehrs an Gas und Elektrizität, Fürsorge für weibliche Arbeitskräfte und ihre Kinder, Abfindung der Gefährtinnen.

FC. Bad-Könheim, 3. Dezbr. Vor einigen Tagen wurde in einer hiesigen Wirtschafsstelle eine Unterstufe festgelegt. Aus verschiedenen Vollmächtskonnen war der Rohm abgesehen und zum eigenen Verbrauch zurückgehalten worden. Den nachströmenden Einwohnern wurde aber angegeben, es sei keine Milch mehr vorhanden.

Stiefen, 3. Dezbr. Wegen Verchiebung und Unterbringung von Militärgut wurde der Schneidermeister Joan Eckert vom Militärausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats verhaftet. Er war Kammerunteroffizier des Landsturm-Bataillons und hat als Soldat, wie vermutet wird, große Mengen Stoffe an sich gebracht. In seiner Wohnung wurden 9 schwere Ätzen Militärgut, Stiefel, Gendern, Güten usw. enthaltend, beschlagnahmt und mit einem Lastauto nach der Kaserne transportiert, wo sie einstweilen unter Aufsicht des Militärausschusses verbleiben. Weiteres werden die Geschichtsverhandlungen ergeben, die umgehend stattfinden.

Aus Rheinhezen

Mainz, 4. Dezbr. Der Mainzer Arbeiter- und Soldatenrat hat sich aufgelöst und wird leblich die lebenden Arbeiter zu Ende bringen. Ein Vertretungsausschuß von hiesigen heidlichen Gebietsteilen wurde in Stärke von fünfzehn Personen gebildet.

Mainz, 4. Dezbr. Zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Vorgänge wie Versorgung mit Kartoffeln, Milch, Getreide und Fleisch hat sich hier in einer Veranlassung von Vertretern von 70 Arbeiter- und Soldatenräten aus Rheinhezen ein Bürgerausschuß gebildet, der dem Arbeiter- und Soldatenrat bezug, dem hiesigen Volkswort angegliedert werden soll. Man hofft, daß in dieser Form die Ausschüsse unter der strengen Befragung weiterbetreiben können.

Aus Hessen-Nassau.

FC. Hungen, 3. Dezbr. Der hiesige Landrat wendet sich mit folgendem Aufruf an die Landwirte des Kreises: Die Milch- und Butterlieferung nehmen immer mehr ab. Es kann das nicht weiter gehen. Denkt doch an die Kinder und Kranken in der Stadt! Die müssen Milch haben! Jetzt Garen guten Willen, der Rot ausgehoben und liefert so viel Ihr könnt.

FC. Wiesbaden, 2. Dez. Von der Handelskammer dahier ist im Einvernehmen mit der hiesigen Landwirtschafts- und einer sozialdemokratischen Vertretung für Weinbewertung errichtet worden. Die Befragung des vorläufigen Prüfungsausschusses ist wie folgt: Weinbändler Hugo Bogemann-Wiesbaden, Mitglied der Handelskammer, Vorsitzender, Landesökonomier Otto Rüdiger, Mitglied der Landwirtschaftskammer, Beherrenleiter der Weinbändler, Weinbändler Bernhard Hays-Wiesbaden, Schriftführer, Wein- und Weinhandels-Jacob Hermann-Wiesbaden, stellvertretender Schriftführer. Des weiteren sind eine Anzahl Beisitzer aus Weinhandels- und Weinbäuerlichen Kreisen. Das Prüfungsausschuss hat nach Bedarf jeweils mit dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und möglichst zwei Beisitzern des Weinhandels und des Weinbaues zusammenzutreten.

FC. Wiesbaden, 3. Dezbr. Landrat v. Heimburg ist vom Arbeiter- und Soldatenrat seines Amtes als Landrat des Kreises Wiesbaden-Land entbunden worden. Er hat seinen Urlaub angetreten.

FC. Wiesbaden, 3. Dezbr. Die neue Zeit! An dem hiesigen Gastpöhlgebäude wurden heute Anstalten getroffen, um die an dem Gebäude prägnanten goldenen Lettern „Auerliches Postamt“ zu entfernen. Man begann damit in geräuschvoller Weise klopfend und hämmend, in dem Moment, als der Führer der heute einziehenden Truppen, Erzengel von Oden an ihrer Spitze die Weinstraße hinab ritt und kurze Zeit vor dem Postgebäude Halt machte.

FC. Wiesbaden, 3. Dezbr. Ein achtjähriger Schüler wurde heute früh in der Schärferstraße von einem Automobil überfahren und schwer verletzt.

FC. Wiesbaden, 3. Dez. Die hiesige Regierung hat in Folge eines Erlasses des preussischen Ministeriums für Wissenschaft und Volksbildung angeordnet, daß im Geschichtsunterricht die bisherigen Lehrbücher nicht mehr dem Unterrichte zugrunde gelegt werden können und daß sie in den Händen der Kinder weder im Unterrichts noch bei häuslicher Vorbereitung Verwendung finden dürfen. Welcher Stoff in Schichtunterricht auszuweisen ist, ergibt sich aus dem Erlasse. Dafür tritt die kulturgeschichtliche Behandlung in den Vordergrund. Die Stoffpläne für Geschichte sind umzuarbeiten und bis zum 1. Januar 1919 den Kreisinspektoren bzw. den Stadtinspektoren in Frankfurt a. M. und Wiesbaden zur Genehmigung vorzulegen. Die Entfernung von Büchern aus der Schulbibliothek hat sofort im Sinne des Erlasses zu erfolgen. Ein Verzeichnis der ausgetauschten Bücher ist gleichfalls bis zum 1. Januar 1919 den genannten Schulinspektoren einzureichen, die sich davon persönlich halbtags überzeugen müssen, daß keine ungeeigneten Bücher in der Bibliothek zurückgeblieben sind.

FC. Röhlfen, 3. Dezbr. Ein hiesiger 16-jähriger Junge zündete, während gellern Kinder beim Eislaufen an der Kleinbahn spielen, ein Streichholz an und warf dieses durch den Schraubenverschluss in ein Blechschiff. Hierauf drehte er das Gewinde wieder zu, es entstanden Gase und der Behälter explodierte. Von den herausschlagenden Teilen wurde dem achtjährigen Sohn des Jacob Preis ein Bein abgerissen, während mehrere andere Kinder nicht unerhebliche Verletzungen erlitten. Nach mehreren Stunden verstarb der junge Preis an den erlittenen Verletzungen.

Aus der Pfalz.

FC. Aus der Pfalz, 3. Dezbr. Die Stadtverwaltungen der Pfalz erlassen Aufreufe, in denen sie die Bürger zur Begegnung, auch bei Demonstrationen der fremden Truppen, und zur Befolgung von Besehlen auf Grund der feindlichen Besatzungsmacht ernennen. Es wird berichtet, daß das französische Militär für das Viertel Mainz das bis vor kurzen 2.50—2.50 Mark kostete, eines Monats gibt und für ein Jahr 2.50 Mark. Im Geldrecht ist der Satz von 125 Mark für einen Franc bestimmt.

Arbeitsmarktanzeiger

des Bezirksarbeitsnachweises Friedberg.

Offene Stellen:

34 Anrechte, 5 Tagelöhner, 1 Gärtner, 1 Milchfahrer, 1 Anrechtfamilie, 1 Wagner, 1 Bäcker, 14 Dienstmädchen, 1 Metzger, 2 Wirtschafterinnen, 10 Hausmädchen, 1 Verwalter für sofort.

Stellen zu vergeben:

Mehrere Arbeiterfamilien und ledige Helfer, 3 Bürohilfen, 4 Bürohilfen, 1 landwirtschaftlicher Verwalter.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Fritz Sichel, Friedberg; für den Anzeigenenteil: G. Schmidt, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, H. G. Friedberg i. S.

Das ländliche Siedlungswesen.

Wir veröffentlichen jüngst einen Bericht der „Neuen Europäischen Wochenschrift“ über eine Darlegung, die der Staatssekretär Bauer von Verhandlungen zur Frage der Sozialisierung der Landwirtschaft gegeben haben soll. In diesem Bericht, den auch die „Deutsche Tageszeitung“ unter Vorbehalt wieder gegeben hat, schreibt Kreibitz von Wangenheim genaunter Stellung:

„In der Nr. 601 der „Deutschen Tageszeitung“ bringen Sie eine Mitteilung der „Neuen Europäischen Wochenschrift“ über das ländliche Siedlungswesen, deren Inhalt nicht den Tatsachen entspricht. Ich war als Vorsitzender der Abteilung 3 des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft zu den erwähnten Verhandlungen im Reichsarbeitsamt eingeladen. Der Herr Vorsitzende erklärte bei der Eröffnung, daß es sich nicht darum handele, Beschlüsse zu fassen, sondern qualifizierte Vorkenntnisse verschiedener Kreise zu hören. Die Verhandlungen wurden durch die Berichte zweier Professoren eingeleitet, welche die Bildung von Siedlungsvereinigungen zur Durchführung einer großartigen Besiedlung unter Zuzugnahme von etwa ein Drittel der Bevölkerung des über 100 Hektar großen Gebietes empfahlen.

Ich habe demgegenüber darauf hingewiesen, daß es zuerst sehr gefährlich sei, an den größten Besitz zu rühren, da dieser nach den unüberwindlichen Erfahrungen dieses Krieges in der Hauptsache die Ernährung der großen Städte und Industrieregionen ermöglicht. Jede Gefährdung unserer Ernährung oder ferner zum künftigen Zusammenbruch; man solle sich deshalb hüten, an die landwirtschaftlichen Betriebe zu rühren, oder die Landwirtschaft durch die Anknüpfung derartiger Maßnahmen mißtrauisch zu machen und ihnen die Arbeitsverfügbarkeit, auf die jetzt mehr denn je alles ankomme, zu nehmen. Ich habe ferner erklärt, daß wir irgend welche Zwangsmaßnahmen zur Besiedlung von Siedlungsland gar nicht nötig hätten, das freiwillige Angebot sei noch immer ein reiches und werde zweifellos noch zunehmen. Man könne den gemeinnützigsten Siedlungsvereinigungen ein Darlehenrecht auf die zum Verkauf kommenden Güter geben. Eine gesunde Mischung der verschiedenen Besitzgrößen und ein gewisses Maß von Großgrundbesitz sei unentbehrlich. Jeder Kreis könne sich aber sehr wohl ein Zukunftsbild machen, was bei ihm nach der Aufstellung geeignet sei und was nicht. Wenn man jetzt den Siedlungsvereinigungen große Verordnungen mit Siedlungsland macht, so sei das ein sehr gefährliches Vorhaben. Viele würden sich dazu melden, würde nichts von der Landwirtschaft verstanden und diese würden sehr bald unter den uns bevorstehenden schweren Verhältnissen Schiffbruch leiden. Man dürfe nur die geeigneten Stelle ansehen.

Es werde auch ganz unmöglich sein, die Mittel zu einer umfassenden Eigentumsübertragung zu beschaffen. Man müsse deshalb nach häuslichem Vorbild den Weg über das Pachtverhältnis gehen. Die Bildung von neuen Siedlungsvereinigungen oder Siedlungsvereinigungen sei nicht zu empfehlen. Andere alten gemeinnützigsten Siedlungsvereinigungen mit ihren erfahrenen Beamten wären durchaus genügend, zumal es ganz unmöglich sei im Handumdrehen große Massen von neuen Siedlern zu schaffen.

Meinen Ausführungen traten nicht nur die anwesenden führenden landwirtschaftlichen Vertreter, sondern auch die zu-

gezogenen Gewerkschaftssekretäre vollständig bei. Auch der Herr Vorsitzende warnte in seinem Schlusswort vor irgend einer Ueberstürzung in der Durchführung der Ansiedlung und betonte nochmals, daß die Verhandlung nicht den Zweck gehabt habe, Beschlüsse zu fassen. Seine sachlichen Ausführungen betrafen sich ungefähr in der Richtung derjenigen, welche in dem bezeichneten Artikel dem Herrn Landwirtschaftsminister zugeschrieben werden. Eine Vereinbarung über die Bildung von Siedlungsvereinigungen kam mithin in der Mittwochs-Konferenz überhaupt nicht in Frage.“

„Vergesellschaftung“, sprich: Enteignung“.

Die neue Regierung hat in ihrem Aufrufe an das vorkriegsige Volk vom 13. November sich für „Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe“ erklärt. Das klingt zunächst verhältnismäßig harmlos. Viele Leute werden sich unter dem Worte „Vergesellschaftung“ gar nichts Rechtes vorstellen können. In Wirklichkeit aber bedeutet das Wort in diesem Sinne doch weiter nichts, als „Enteignung“ der betreffenden Betriebe und Uebernahme in den Besitz der Gesellschaft d. h. des Staates, der Allgemeinheit. Mit solchen Maßnahmen wird aber das Vorhaben gegen den Privatbesitz überhaupt eingeleitet. Es ist doch zweifellos, daß nach den großen Vertrieben die kleinen an die Reihe kommen! Der Berliner „Arbeiter- und Soldatenrat“ hat ja schon vor zwei Tagen, am 11. November, erklärt, daß die „Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel durchführbar und notwendig“ sei. Hier wird also kein Unterschied gemacht zwischen groß und klein. Es liegt ja auch auf der Hand, daß, wenn einmal mit der Abschaffung des privaten Besitzes begonnen werden soll, es dann kein Halten mehr gibt! Wenn sich also dieser oder jener Kleingrundbesitzer durch das Wort „Vergesellschaftung“ etwa täuschen lassen will, vielleicht sogar glaubt, daß bei dieser Gelegenheit etwas aus den Großbetrieben für ihn noch zur Verzögerung seines Besitzes abfallen könnte, so dürfte er sich, wenn es zum Klappen kommt, bitter geküßelt sehen. Anjungen wird man selbstredend mit den Großen, aber wenn der Stein erst einmal ins Rollen gekommen ist, dann gibt es kein Aufhalten, und nach den Großen kommen die Kleinen an die Reihe! Man lasse sich daher durch alle möglichen Verhöhnungsphrasen nicht beirren. Denn daß die bisherigen Rechtsbegriffe für die heute bestehende Regierung nicht mehr existieren haben deren Maßnahmen doch zur Genüge gezeigt. Eine Reichsverwaltung, die lediglich errichtet worden ist von in aller Eile zusammengezwungenen Delegierten von Arbeitern und Soldaten, ausgerichtet nur aus der Reichshauptstadt Berlin, unter Ausschaltung aller übrigen Vorkriegsleute, geht eine Anzahl von Geleihen auf und schafft neue Geleise, die doch nur von wirklich geistig gebildeten Körperschaften beschaffen bzw. abgekauft werden können! Dabei auch die in manchen Kreisen der jetzigen Machthaber vorhandene offene und versteckte Begegnung gegen eine Nationalversammlung, nur weil man sich vor geordneten gesetzgeberischen Verhältnissen scheut. Darum geht man aber auch nicht fehl mit der Annahme, daß sich die jetzigen Machthaber gegebenermaßen auch über die bisher geltenden Geleise des Privateigentums hinwegsetzen werden. Das soll sich jeder

Landmann, jeder Bauer immer vor Augen halten, ob er noch wie vor auf seiner Stube sitzen will, wenn auch bei dem kommenden „Hungerkriege“ unter wenig glücklichen Verhältnissen, oder ob er im glücklichen Falle nur noch Auftragsarbeiter einer Mägenerei sein will, denn die Drahtzieher leblich in den großen Städten sitzen und um deren Wohl man ihm und seinen Vermögensgenossen keinen Einfluß gestattet.

Aber auch wenn dem Bauern noch keine Enteignung der kleinen Bauern geplant bzw. durchgeführt wird, so hat der sozialistische Zukunftsstaat doch reichlich Mittel, um das selbe in der tatsächlichen Wirkung zu errichten. Wir erwähnen nur die Verbeibehaltung des jetzigen Zwangsenteignungsrechts für die kommende Friedenszeit. Selbst dann, wenn es für die Preise für alle landwirtschaftlichen Produkte bedenklich auf der Tauer genau das selbe wie Enteignung des ganzen Landes, gleichgültig, ob der Bauer im Grundbesitz des Landes, oder noch als Besitzer auf dem Papier steht oder nicht. Wenn man dem Bauern das Selbstbestimmungsrecht über alle ihm produzierten Produkte nimmt, dann ist er tatsächlich überhaupt nicht mehr Herr in seinem eigenen Betrieb, sondern nur noch ein bloßer Diener der Gesellschaft. Wie würde aber diese mühselige Bezahlung der bäuerlichen Dienste erst bemessen werden, wenn erst wieder die Möglichkeit gegeben ist, Lebensmittel in beliebiger Menge vom billig produzierenden Ausland zu beziehen? Das Zwangsenteignungsrecht des Krieges ist eine Einrichtung rein sozialistischer Art und auf sozialdemokratischen Einfluß hin schon soweit durchgeführt worden, wie wir es heute erleben.

Dabei tritt man in ländlichen, bäuerlichen Kreisen mit aller Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung des Privateigentums ein und arbeitet vor allem für die kommenden Wahlen zur Nationalversammlung, die ja namentlich nach der Verordnung vom 20. November am 16. Februar 1919 stattfinden sollen. Dieser Tag wird von entscheidender Bedeutung für die Existenz des Bauern und Bürgerstandes sein. Wir werden uns die Kandidaturen sorgfamer ansehen müssen als je zuvor, und durch ein mutiges Vorgehen des Bauernstandes in starker Organisation werden wir die dringend notwendige Vertretung im Parlament erringen können. Darum geht es immer wieder: Schlicht die Reize! Schlicht die Reize!

Ausstellung der Sozialisten.

Nach der Sozialverleumdung vom 27. Juni 1918 muß in allen Fällen, in denen die Ausstellung der Sozialisten von der höheren Verwaltungsbehörde erfolgt, der Ausstellungsausschuss von der Ortsbehörde zunächst der unteren Verwaltungsbehörde vorgelegt werden, die den Antrag nach Prüfung an die höhere Verwaltungsbehörde weiterzugeben hat. Durch dieses Verfahren kann die Ausstellung der Sozialisten verhindert werden. Um für den Frühlingshaushaltsverkehr jede Gefahr einer Verzögerung in der Sozialistenausstellung auszuschließen hat der Staatssekretär des Reichs Ernährungsamts die Bundeszentralbehörden ermächtigt Anordnung dahin zu treffen, daß die Anträge auf Ausstellung von Sozialisten von der Ortsbehörde der mit der Ausstellung betrauten Behörde unmittelbar vorzulegen sind.

Herzenskämpfe.

Roman von Helene Salko, geb. von Gerodoff. (Copyright 1915 by C. Ackermann-Stuttgart.)

65) Nachdruck verboten.
„Du“ rief Reinhold erschrocken, „dann soll sie meinewegen die Armut kennen lernen! Das ist mir fürchterlich, besonders, da ich ihr nichts als meine Liebe bieten kann.“
„Nun, nun, nur nicht gleich verzagen!“ meinte Onkel Bernhard. „Ganz so schlimm siehts nicht.“
Und er berichtete, daß Hilde immerhin noch selbständige Besitzerin ihres mütterlichen Vermögens bliebe, das ihr der Vater nicht entziehen könne.
„Woh! ein Glück! Welch ein Glück!“ jubelte Reinhold. „Da wird sie doch niemals erfahren, was Not ist!“
„Ja, und das beste ist, ihr könnt heiraten, ohne nach ihm zu fragen!“ rief Tante Ella.
„Heiraten ohne die Einwilligung des Vaters?“ entsetzte Reinhold zweifeln. „Wird sie das wagen? Wird es überhaupt möglich sein? Noch mütterlichen Verträgen gehört zu der Heirat eines Mädchens die Einwilligung beider Elternparte, falls sie noch lebend sind.“
„Das wäre aber verflucht, wenn ich da wieder neue Hindernisse aufwärteten!“ laute Onkel Bernhard kopfschüttelnd. „Denn keine Einwilligung, die gibt er noch allen Vorheresangehenden niemals, eben so wenig wie der Klein rüberwärts flieht. Und dessen Beruf annehmen, das geht doch auch nicht, wo du so mit Leib und Seele Soldat bist und eine so glänzende Karriere vor dir hast. Was tust du denn auch mit 27 Jahren ohne Beruf, ohne ernste Arbeit? Nein! das ist unmöglich!“
Ein minutenlanges Schweigen folgte.
„Ein solches Opfer würde auch Hilde niemals annehmen“, sagte Tante Ella. „denn ich sehe sie zu gut. Wagt ihr“, fuhr sie fort, um die beiden, die mit ratlosen, bekümmerten Mienen davorhin, einhergehen aufzurufen, „kommt Zeit, kommt Rat, bei komplizierten Umständen kommt oft der Zufall auf wunderbare Art zu Hilfe, wenn man etwas zu warten versteht. Mit

allen wichtigen Entscheidungen müssen wir ja ohnehin warten, bis Hilde selbst mitreden kann und das wird wohl hoffentlich spätestens morgen sein, denke ich.“
„Das aber werde ich doch wohl gleich tun müssen, meinen Bruder benachrichtigen“, meinte der Kommerzienrat, „mag es sein, wie es will, mag er sich noch so abseufzend benennen haben, er bleibt doch immer Hilde's Vater und so, wie ich sie kenne wäre sie auch lieber damit einverstanden, denn sie war zwar genötigt, sich vor seiner Gemütskur zu retten, aber jede Rücksichtslosigkeit oder gar Rachsucht liegt ihr fern.“
„Allerdings“, hat sie doch das Engelsgelicht ihrer armen Mutter gehabt, allfälligerweise doch mit einer guten Dosis „Schnel“ vermischt, wenn es darauf ankommt, wie sie eben bemerkt hat“, beharrte Frau Ella. „Also laß nur deine Epistel an den edlen Karl los, aber, bitte, nicht zu milde und sanft!“
„Ich werde mich auf die rein sachliche Mitteilung beschränken. Aber müssen wir es schon deshalb, damit er keine Überflüsse in politischen Redereien anstellt, was nur Hilde's Namen und die ganze peltsche Familienaffäre unmittebar der Öffentlichkeit und dem allgemeinen Klatsch preisgeben bliebe“, verbiete der Kommerzienrat.
„Dem wird sie werden wie alle doch nicht entgegen“, meinte Frau Ella abschließend, „zu viele Leute wissen davon, als daß es nicht durchdringen sollte. Und was tut's denn auch? Doch die Leute reden, was sie wollen! Etwas Schlimmes ist ja nicht dabei, nur romanhaft, interessant ist es! Die Geschichte wird sicher manchen Basslich zu Tränen rühren, und wenn man seinen Bruder recht verabschiedet und hast, so geschicklich ihm gerade recht. Du hast ja er rechtlich.“
„Da bedarf es ja Recht, Franken“, entsetzte der Kommerzienrat, über den Grimm seiner aufreizigen Gattin lächelnd, „aber eben so wie er, trotz allem, Hilde's Vater bleibt, ebenso bleibt er mein Bruder, das läßt sich nicht abschütteln. Es ist auch mein Name, der da verunglimpft wird, denn es ist nun einmal derselbe.“
„Also, schreibe, schreibe, wenn es durchaus sein muß!“ erwiderte Frau Ella.

„Ja, Tanten, Onkel hat entschieden Recht, es muß sein“, meinte auch Reinhold.
Onkel Bernhard lehte sich an seinen Schreibtisch, nahm einen Zigarrenpapier, über welchen keine Feder in solchen energetischen Zügen hinflieg. Nach einigen Minuten reichte er seinen Frau das Papier hin.
Sie las:
„Bruder Karl! Teile dir in Eile mit, daß deine Tochter Hilde mit ihrer Jost, Rosa vor 1-2 Stunden bei mir einetroffen ist. Beide Mädchen waren in erbarmenswürdigem Zustand und liegen jetzt in tiefem Schlaf. Ich brauche dir nicht erst zu sagen, daß ich Hilde jeden Schutz und Beistand im weitesten Sinne zu gewähren sei, entschlossen bin. Sie ist volljährig und du weißt, was das bedeutet. Wünschest du eine persönliche Aussprache, so wende dich an meinen Bruder Bernhard Aufemmann.“
„Großartig! Rein!“ lobte Frau Ella. „Kein Wort zu viel oder zu wenig. So fein konnte sich auch nur du allein diesen wichtigen Brief absetzen.“
„In der Tat, Onkel Bernhard, das ist der richtige Ton, bestimmt und energiegel, ohne ein beleidigendes, schmähendes Wort“, sprach auch Reinhold zustimmend, nachdem er die Zeilen ebenfalls gelesen. „Denn wäre immer noch eine Brücke zur Verständigung vorhanden.“
„Recht du, Reinhold, wenn es dienstlich möglich ist, so schlage ich dir vor, heute den ganzen Tag bei uns zu bleiben für den Fall, daß Hilde erwacht und dich sehen möchte“, sagte Frau Ella, nachdem sie das Schreiben des Kommerzienrats als Einleitung dem Diener zur Beizugung übergeben hatte, „wenigstens bleib zum Lunch und Mittagessen da!“
„Gern, Tanten, du weißt wohl, daß ich doch nirgend anders Ruhe hätte“, erwiderte Reinhold dankbar, „ich habe nur noch eine dringende dienstliche Sache selbst zu erledigen, für das Mebrige belege ich einen Vertreter. In einer Stunde bin ich längstens wieder hier. Bis dahin wird Hilde wohl noch nicht erwacht sein.“

(Fortsetzung folgt.)

Der einsame Herr Eisner.

Um den bayerischen Trakt, der, wie der „Miesbacher Anzeiger“ ermittelt hat, mit seinem richtigen Namen Salomon Kusanowski heißt, wird es immer einsamer. Die Bauerschaft faßt sich um Dr. Seim und bildet in dessen neuer Demofratistischer Volkspartei bereits einen „Ordnungsblock“, und die bürgerliche Rechte nimmt immer schärfer gegen die Eisnerische Minderheitsstellung. Selbst Professor Dr. Quide, der jamaikanische Zeitschrift ist durch seine in den letzten Tagen bewiesene Genialität in Enthüllungen vor den Kopf geschlagen und erhebt gegen diesen „arohen Unfug“ energischen Einspruch in den „Münchener Neuesten Nachrichten“. Er sagt darüber, was jedem Sachverständigen klar ist:

„Unverkennbar sind alle diese Enthüllungen jetzt mit dem Blut schärfer Einsichtigkeit behaftet. Es fällt den feindseligen Machthabern in England, Frankreich und Italien gar nicht ein, ihre Archive zu öffnen — die Verantwortlichen von 1915 bis 1917 sind dort noch im Besitz der Macht — und die Männer der neuen Deutschlands, die jetzt ihre Hände über ihre Erinnerungen werfen, tun es selbstverständlich auch nicht, um mit der Objektivität wissenschaftlicher Forscher der Wahrheit zu dienen, sondern um möglichst wichtige Anklagen gegen das gestürzte Regime zu erheben, um zugleich die eigene Haltung und die Revolution zu rechtfertigen.“

Und selbst die „Kaiserliche Staatszeitung“ findet, anerkennend an Herrn Eisners Vorstoß gegen das Auswärtige Amt und die Reichsregierung, daß es so nicht weitergehen kann:

„Wir meinen, die Lage, in der sich das Reich — und einwollen besteht es ja noch — befindet, ließe alles andere eher angezielt erscheinen, als ein Spiel mit den Gewinnen als einen Sturz der Reichsleitung, die, was man im übrigen über sie denken will, bisher doch verstanden hat, das täglich drohende Chaos zu verhindern. Sie in einem Augenblick besitzigen wo sie im Begriffe steht, die Vorbereitungen zu den Nationalwahlen zu treffen, bleibe nichts anderes, als das Fortschreiten der Ereignisse herbeizuführen, die nur darauf wartet, daß ihr ein Grund zum Einmarsch gegeben wird. Was aber dann erfolgen wird darüber wird man sich doch an den jetzt leitenden Stellen klar sein? Oder sollten die wirklich recht haben, die da behaupten, daß es der Münchener Regierung darum zu tun sei, eine Spaltung zwischen Süd und Nord herbeizuführen, die unermesslich zu einer selbständigen, vom Reich also losgelassenen süddeutschen Republik führen müßte?“

Die heftige Negierung, die auch nicht gerade Mangel an Resolutionsbegeisterung leidet, hat sich gleichwohl veranlaßt gesehen, folgendes Telegramm an die Reichsregierung in Berlin und an das Staatsministerium in München zu richten:

„Das Staatsministerium der Republik sollen protestiert gegen den vom bayerischen Ministerpräsidenten und Minister des Reichs für Bayern angeordneten Abbruch der Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Berlin. Es steht darin eine Gefahr für die Einheit des Deutschen Reiches und befürchtet, daß dadurch der Separatismus gefördert werden könnte. Es erwartet vom Gesamtministerium Bayerns, den verhängnisvollen Schritt rückgängig zu machen, denn das nationale Interesse aller Deutschen erfordert dringend die Herbeiführung aller deutschen Stämme bei den Friedensverhandlungen aufrecht zu erhalten.“

Herr Eisner sollte wirklich einsehen, daß es für ihn an der Zeit ist, nachgerade zu verschwinden. Denn seine politischen Meinungen stehen doch zu seinem literarischen in allzu schreiendem Widerspruch.

Die Eisnerische Kasperlekomödie.

Dem bayerischen Ministerpräsidenten widmet der „Vorwärts“ einen sehr respektlosen Leitartikel, in dem er zunächst seinen literarischen Qualitäten gerecht wird, um dann über den Politiker in Anführungszeichen folgendes Urteil zu fällen:

„Als am 8. November die Kunde kam, daß Eisner bayerischer Ministerpräsident geworden sei, erfüllte Heiterkeit die Redaktionsstuben, sie plante sich fort in die Scherz- und Witzzeitschriften. Es war keiner unter uns, der Eisner nicht von alter Zeit her liebe und schätze, keiner, der ihm nicht wohlte oder mißachtete. Dennoch Heiterkeit überall, wohlwollende Heiterkeit. Denn:

Eines schickt sich nicht für alle,
Sehe jeder, wie er's treibe . . .

Wozu wäret wir ein besetztes Volk, wenn es nicht erlaubt wäre, einem alten Freund offen und öffentlich zu sagen: „Du hast in deinem Leben schon viele Wäse geschossen, aber daß du dich von denen revolutionären Schwabinger Vereinjuristen zum Ministerpräsidenten machen ließest, das war dein allergrößter Wad! Wir alle, in der alten und in der neuen Partei wünschen wir dir alles Gute und schönen deine wirklichen Fähigkeiten. Kein einziger aber, mag er Sozialdemokrat oder Unabhängiger sein, hat Vertrauen zu deinem politischen Urteil. Kein Parteiführer, weder ein sozialdemokratischer noch ein unabhängiger, würde dir in freier Wahl einen politischen Wirkungsteil von entscheidender Bedeutung anvertrauen. Du lebst in einer Welt des beiden Wahnsinns, wenn du glaubst, du eingewandelter Berliner Literat, der in öffentlichen Leben Bayerns, noch nie eine Rolle gespielt hat und den man in Bayern bis vor drei Wochen kaum kannte, du konntest dich auf das Vertrauen des bayerischen Volkes stützen. Alles, was du in deinem Leben gut gemacht hast, verdienst du mit diesem toten Strich!“

Es würde sehr aufrichtige Freunde zu Eisner gesprochen haben. Aber es scheint, daß ihm in München aufrichtige Freunde fehlten, und so ist das Unglück geschehen. Als ein aus allen Dingen Weltlicher und Bekannter wird dieser Phantast binnen kurzem sein Amt verlassen, nachdem er namenloses Unheil angerichtet haben wird.

Diese Ministerpräsidentenschaft hat mit dem großen Ernst anferer Zeit nichts zu tun. Sie steht zu ihm in erschütterndem Gegensatz. Kasperlekomödie des Lebens, freilich nach Franz

bedind, von Kurt Eisner mit dem Dichter in der Titelfolle, München-Schwabinger Naturtheater. In fünf Minuten geht der Vorhang herunter und dann ist Schluss.

Herr Eisner wird auch weitere Bitternis nicht erspart: seine Forderung in der Schweiz, Professor J. W. Höfster findet es selbst außer dem Späße, etwa für seine Kapriolen mit haltbar gemacht zu werden und wendet sich in der „Münchener Post“ in aller Offenheit und mit aller Schärfe gegen die Politik Eisners. Die Erklärung ist eine offene Abjuro an die von Eisner verfolgte Politik. Professor Höfster verlangt, daß die Nationalversammlung unverzüglich einberufen werde, da nach seiner genauen Kenntnis der Dinge die Feinde nur mit einer verhandlungsfähigen deutschen Regierung zum Frieden kommen, andernfalls Deutschland militärisch besetzen wollen.

Inzwischen ist in München selbst die Sache soweit gediehen, daß Eisner am Sonntag bei einer Revolutionstheater im Nationaltheater in aller Form angepöbeln wurde. Man wird also wohl noch das erbeudende Schauspiel erleben, daß der revolutionäre Ministerpräsident des zweitgrößten Bundesstaates zum Hanswurff herabstinkt. Kasperlekomödie, sagt der „Vorwärts“.

Der neue Kulturkampf.

Die Protestaktion des Zentrums gegen den antisittlichen Kurs des neuen Kulturgemeinschafts wird in der „Germania“ mit einem Artikel kommentiert, der insbesondere auch die Eilfertigkeit in den Reformen abhebt:

Diese Hast gehört neben den einseitigen antidemokratischen Maßnahmen, der Sorge um Vernehmung genügender Mittelschichten und besonders auch jüdischer Bewerber und der immer mehr zutage tretenden Unzulänglichkeit, Staatsangelegenheiten zu erledigen und zu vertreten zu den charakteristischsten Merkmalen der neuen Nachhader. Man darf freilich nicht verlegen, daß man vor einem ungeheurer schweren Problem steht. Jedoch in Friedenszeiten hätte sich Deutschland beim Preußen selbst von den Sanktionen ähnliche nicht bieten lassen. Was wir jetzt erleben ist eine Fortsetzung der Krisensituation in anderer Form und an anderen Gebieten, und daß es getragen wird, ist nur auf die allgemeine Spannung, Erneuerung und die leider so recht gestillte Friedenssehnsucht zurückzuführen. Aber es kommt auch nicht anders. Man sagt, daß jeder die Behandlung erfährt, die er verdient, und daß jedes Volk die Regierung hat, die ihm gebührt. Aber nur die bedauernden, eben erwähnten Umstände haben es der heutigen Reichs- und preussischen Staatsleitung ermöglicht, ihre herberben Experimente zu machen. Die Bevölkerung wird schon noch zur Beherrschung kommen und eine andere Behandlung beanspruchen. Die herrschenden Männer müssen selbst dieses Gefühl haben, sonst werden sie doch nicht über Kopf und Hals die weittragendsten Reformen vornehmen.

Ueber die Situation in anderen Bundesstaaten wird dann gesagt:

Auch außerhalb Preußens sind die Kulturkämpfer am Werk. Der sächsische Kultusminister hat bei einer Anordnung von Kirchenbauern erklärt, daß der Religionsunterricht in den Schulen vom 1. April 1919 ab eingestellt werden sollte. Den Kirchen sollte das Recht, Kirchensteuern zu erheben, völlig und sofort entzogen werden; die politischen Gemeinden sollen kein Recht haben, die Kirchensteuern (auch nicht gegen Entgelt) mit den Staats- und Gemeindesteuern einzuziehen. In Bayern ist eine der durch die neue Lage entstandenen Fragen die, ob Herr Eisner die (früher königlichen) kirchlichen Stände zu vergeben hat. Kurt Eisner, der galtsche Jodel Das latso-nische Bayern schlägt vielleicht, aber nicht lange.

Die Zahl der Wahlberechtigten.

Amlich wird mitgeteilt: Das Wahlrecht ist durch die Verordnung vom 12. November 1918 ausgeübt worden a) auf die Frauen, b) auf die 20-jährigen, c) auf die Soldaten. Während bei den Reichstagswahlen von 1912 14,4 Millionen Wahlberechtigten waren und von diesen sich 12,3 Millionen = 85 Prozent an den Wahlen beteiligt haben, werden infolge der Ausdehnung des Wahlrechts bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung schätzungsweise 39-40 Millionen, darunter etwa 21 Millionen Frauen, wahlberechtigt sein. Diese Summen ergeben sich auf Grund der folgenden Berechnung: Nach der amtlichen Statistik (Statistik des Deutschen Reiches Bd. 240, 2, S. 254) sind am 1. Januar 1911 aus dem Jahrgang 1898, der als erster Geburtsjahrgang für die Wahlberechtigung in Frage kommt, am häufigsten vorhanden gewesen:

männliche Personen	22 965 829
weibliche Personen	23 904 261
zusammen	46 870 090

Darvon sind in den Jahren 1911-13 abzusehen die Sterbefälle. Sie betragen etwa 600 000 jährlich und verteilen sich nahezu zu gleichen Teilen auf Männer und Frauen, zusammen etwa 4,8 Millionen. Abzusehen sind ferner etwa 1,8 Millionen im Krieges Gefallener und Vermisster. Im ganzen sind demnach durch Tod ufm. 6,6 Millionen (4,2 Millionen Männer, 2,4 Millionen Frauen) von der obigen Summe der Wahlberechtigten abzusehen. Außerdem haben abgezogen die Ausländer mit etwa 1,5 Millionen. Hinzu dagegen kommen die uns während des Krieges zugewanderten Auslandsdeutschen, die in Konstanz befindlichen und die Armenunterstützung beziehenden Personen. Alles in allem ergibt sich an Wahlberechtigten am 31. Dezember 1918 die Summe zwischen 39 und 40 Millionen Personen, etwa 18 Millionen Männer und 21 Millionen Frauen. Zweifelsfrei erscheint es, ob unsere Kriegesgefangenen (zirka 500 000) in die Lage versetzt werden können, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. — Mit dieser Berechnung wird eine kürzlich durch die Blätter gegangene, auf irrtümlicher Voraussetzung beruhende Angabe, die nur etwa 35 Millionen Wahlberechtigte angab, widerlegt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gemeinde.

2. Sonntag im Advent, 8. Dezember 1918.
Gottesdienst in der Burgkirche.
Vormittags 9 1/2 Uhr: Herr Pfarrer Diehl.
Vormittags 11 Uhr Kindergottesdienst. Herr Pfarrer Ritter.
Nachmittags 2 Uhr: Herr Pfarrer Diehl. Taufstundengottesdienst mit Bl. Abendmahl.
Nachmittags 5 1/2 Uhr: Herr Pfarrer Ritter. Feier zur Eröffnung des Konfirmandenunterrichts.
Gottesdienst im Stadtteil Fauerbach.
10 Uhr Gottesdienst.
2 Uhr: Gedächtnisfeier für die im Oktober Gefallenen.

Evangelische Stadtmission Friedberg, Ledwigenstraße 24.

Sonntag, den 8. Dezbr., nachmittags 1 1/2 Uhr Sonntagsschule; 3 1/2 Uhr: Geistliche Verkündigung.
Dienstag, den 10. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr: Jugendvereinigung.
Donnerstag, den 12. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr: Bibel- und Gebetsabend.

Katholische Gemeinde.

Sonntag, den 8. Dezbr. 1918, 2. Sonntag im Advent.
Vehligkeit am Samstag von 4 Uhr an und Sonntag früh von 6 Uhr an.
1/2 Uhr Frühmesse.
8 Uhr Militärgottesdienst (Eingeweiht mit Predigt).
Gemeinsame hl. Kommunion der Jungfrauen.
1/20 Uhr Hochamt mit Segen und Predigt.
Nachmittags 2 1/4 Uhr Predigt und Aufnahme in die Jungfrauencongregation.
Um 4 Uhr: Verkündigung des Jungfrauenvereins.
Während der Woche: Um 1/2 Uhr hl. Messe und um 7 Uhr Vorträge.
Freitag abends 6 1/4 Uhr: Mitt-Tisch.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: C. Schmid, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, W. G. Friedberg i. R.

Vericherung Kranender Stalen in 2%, inkl. Verbeserung, 20% bei Nichtverheilung und sonstige Bestehen in Übernahme. Bayersische Lebensversicherungsgesellschaft, Dresden, Versicherungs-29. Promille auf Lösung bis zu 100% der Versicherungssumme. Günstige Versicherungsbedingungen. Täglich Vertreter überall zu haben.

Pferde zum Schlachten
kauft mit behördlicher Genehmigung
Wilhelm Scherf, Pferdemeßgerei,
Friedberg, Kaiserstraße 53 und Wagasse 10.
Geschäft ist täglich geöffnet von 8-12 und von 1-5 Uhr

Gutes Linoleum und Parkettwachs
wieder einzutreffen.

Tapeten- und Linoleumhaus
Jean Kögler,
Friedberg, Kaiserstraße 27, Nähe des Rathauses.

Zum Schlachten!

la. weite Krauzdüme, la. weite Milteddüme,
la. große Ochsenbutten, sowie Rinds-, Kalbs-
und Schweineblaten, reinemahlenen Pfeffer,
Wurstfardel und Pfeffererzich
empfehl

Georg Wilh. Zöll, Friedberg i. R.
Kaiserstraße 12, Telefon 410.

Beiz: Die Beaufichtigung der Kinder auf den Straßen.
Bekanntmachung
In den nächsten Tagen ist ein großer Beiz von Truppen aller Waffengattungen in dieser Stadt zu erwarten. Am Anlaufsdie zu vermeiden, warne ich hiermit die Eltern von Kindern, die nicht ohne Aufsicht auf die Straßen zu lassen und ihnen mit Eintritt der Dunkelheit das Betreten derselben streng zu untersagen. Dadurch, daß sich Kinder an fahrende Kutschen, mobile und sonstige Militärabzüge oder an hinten anhängen oder diese während der Fahrt betreten haben, sind schon an anderen Plätzen schwere Unglücksfälle vorgekommen. Auch vor dem Betreten des Bahnhofs sind Kinder ohne Aufsicht, sowie der Schienenwege innerhalb des Bahngeländes wld dringend gewarnt.
Friedberg, den 30. Nov. 1918.
Der Bürgermeister,
A. H. Damm.

Achtung!
Handfrauen,
keine Waßnot mehr!
„Mafrada“
Fäuerstoff-Bleiche,
das Ideal-Waßmittel.
In Originaldoen zu haben im
Nessischen Versandhaus
Ph. Diener,
Friedberg i. R.,
gegenüber d. Lebensmittelgeschäft